

Ortsbeirat Wieseck

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 30.11.2021

Niederschrift

der 5. Sitzung des Ortsbeirates Wieseck

am Donnerstag, dem 11.11.2021,

im Saal im Bürgerhaus Wieseck, Philosophenstraße 26, 35396 Gießen-Wieseck.

Sitzungsdauer: 18:35 – 19:45 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Herr Bernhard Oswald
Herr Michael Oswald Ortsvorsteher
Frau Julia-Christina Sator

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Frau Larissa Becker
Herr Karl Heinz Erb

Ortsbeiratsmitglieder der Bürgerliste für Umweltschutz und Frieden:

Herr Martin Kirsch
Herr Norbert Kress

Ortsbeiratsmitglied der FW-Fraktion:

Frau Anette Vogelhöfer

Ortsbeiratsmitglied der FDP-Fraktion:

Herr Jörg Schleher

Ausländerbeiratsmitglied:

Herr Ahmad Mutaz Faysal

Schriftführerin:

Frau Simone Benz

Ortsvorsteher Oswald eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Herr Erb, SPD-Fraktion, bittet folgenden Antrag per Dringlichkeit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen:

„Vor der Abstimmung des Ortsbeirates über die Vorlage des Magistrats, MAG/0206/2021, bittet die SPD-Fraktion um Vorlage und Erläuterungen zu den bisherigen Gutachten und naturkundlichen Erhebungen im Rahmen der geplanten Maßnahme ‚Rad/Gehweg Philosophenstraße‘.“

Herr Kress spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages.

Ortsvorsteher Oswald lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Der Dringlichkeit wird nicht stattgegeben (Ja: SPD; Nein: BUF; StE: CDU, FW, FDP).

Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ortsbeirates am 09.09.2021
2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
3. Bürgerantrag „Kein Verkehrsversuch Philosophenstraße“ MAG/0206/2021
4. Tempo 30 „Aufmerksamkeits-Anzeigen“ OBR/0462/2021
- Antrag der Fraktion BUF vom 31.10.2021 -
5. Beratung des Entwurfes zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2022
- 5.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 STV/0319/2021
- Antrag des Magistrats vom 07.09.2021 -
- 5.2. Haushaltsanträge der Fraktionen
- 5.2.1. Tempo 30 „Aufmerksamkeits-Anzeigen“
- Haushaltsänderungsantrag der Fraktion BUF vom 31.10.2021 -

- 5.2.2. Freiwillige Feuerwehr Wieseck
- Haushaltsänderungsantrag der CDU-Fraktion vom
08.11.2021 -
6. Freiwillige Feuerwehr OBR/0458/2021
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2021 -
7. Werbeanlagen OBR/0459/2021
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2021 -
8. Illegale Müllablagerungen in der Preußenallee OBR/0460/2021
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2021 -
9. Tracking-System für Anträge des/der Ortsbeirats/räte OBR/0461/2021
- Antrag der Fraktion BUF vom 31.10.2021 -
10. Einladung von örtlichen Vereinen zu den OBR/0463/2021
Ortsbeiratssitzungen
- Antrag der FW-Fraktion vom 31.10.2021 -
11. Mitteilungen und Anfragen
12. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ortsbeirates am 09.09.2021

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

2. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Frau Sator, CDU-Fraktion, führt aus, es habe eine Besichtigung der „Port“ durch Mitglieder des Magistrats und des Denkmalschutzes stattgefunden. Leider sei der Ortsvorsteher zu diesem Termin nicht eingeladen gewesen. Sie regt an, zukünftig zu solchen Terminen den Ortsvorsteher und evtl. auch alle Mitglieder des Ortsbeirates einzuladen.

3. Bürgerantrag "Kein Verkehrsversuch Philosophenstraße" MAG/0206/2021

Antrag:

„Der Magistrat stellt die Zulässigkeit des Bürgerantrags ‚Kein Verkehrsversuch Philosophenstraße‘ fest und überweist ihn zur Beratung und Entscheidung an den Ortsbeirat Wieseck.

Der Antrag hat den Wortlaut:

„Der Ortsbeirat möge folgenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den geplanten Verkehrsversuch (Fahrradstraße) in der Verlängerung der Philosophenstraße bis zum Industriegebiet Ursulum ab.

Diese Straße muss weiterhin für den Verkehr wie bisher benutzt werden können.

Der bereits geplante Rad/Gehweg entlang dieser Straße soll umgehend, spätestens jedoch bis 2022/2023 gebaut werden.‘

Begründung:

Mehrere Gutachten bescheinigen die Machbarkeit dieser Maßnahme.“

Begründung:

Die für den Antrag erforderlichen Unterstützungen (mindestens ein Prozent der Bürgerschaft des Ortsbezirks nach § 10 Abs. 1 Bürgerbeteiligungssatzung) wurden durch die Stadt geprüft und am 29.09.2021 die Erreichung des Quorums festgestellt.

Nach § 10 Abs. 2 der Bürgerbeteiligungssatzung hat der Magistrat die Zulässigkeit des Antrags und das für die Entscheidung zuständige Organ festzustellen. In Folge hat das zuständige Organ bei seiner nächsten Sitzung über den Antrag zu beraten und zu entscheiden (§ 10 Abs. 3 Bürgerbeteiligungssatzung).

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Kress, Oswald, Erb** und **Sator**.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

(Ja: CDU, SPD; FDP, FW; Nein: BUF)

4. Tempo 30 "Aufmerksamkeits-Anzeigen" OBR/0462/2021
- Antrag der Fraktion BUF vom 31.10.2021 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in den stark frequentierten Straßen in der Tempo-30-Zone in Wieseck ‚Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen‘ – die gleichen wie in der Kornblumenstraße – aufzustellen.

Aufgestellt werden sollen diese in den folgenden Straßen – jeweils in beide Richtungen und von weitem einsehbar:

- Grabenstraße
- Rabenauer Straße
- Lichtenauer Weg
- Philosophenstraße
- Greizer Straße
- Treiser Weg

Auch in der Gießener Straße soll eine solche Anzeige in der Mitte zwischen Ortseingang Wieseck und Eisdielen (hier allerdings noch analog mit ‚Tempo 50 Hinweis‘) angebracht werden.

Die Anzeige in der Kornblumenstraße ist ungefähr in der Mitte zwischen Grabenstraße und Alte Schulstraße angebracht. Diese Anzeige erfasst Fahrzeuge, die gerade in die Kornblumenstraße eingebogen sind und zeigt dem FahrerIn permanent die Geschwindigkeit an. Damit hat diese Art der Anzeige eine informative und erziehende Wirkung.

Eine Anzeige wie in der Greizer Straße ist abzulehnen – und diese ist auch auszutauschen, da diese erst im letzten Moment den Status – und nur den Status – anzeigt. Eine erziehende Wirkung – und damit eine Verbesserung der Situation – ist damit nicht zu erzielen.“

Auf Anregung von Herrn B. Oswald, CDU-Fraktion, erweitert Herr Kress, BUF, den Antragstext wie folgt:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in den stark frequentierten Straßen in der Tempo-30-Zone in Wieseck „Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen“ – die gleichen wie in der Kornblumenstraße – aufzustellen.

Aufgestellt werden sollen diese in den folgenden Straßen – jeweils in beide Richtungen und von weitem einsehbar:

- Grabenstraße
- Rabenauer Straße
- Lichtenauer Weg
- Philosophenstraße
- Greizer Straße
- Treiser Weg
- **Steinerne Brücke**

Auch in der Gießener Straße soll eine solche Anzeige in der Mitte zwischen Ortseingang Wieseck und Eisdielen (hier allerdings noch analog mit „Tempo 50 Hinweis“) angebracht werden.

Die Anzeige in der Kornblumenstraße ist ungefähr in der Mitte zwischen Grabenstraße und Alte Schulstraße angebracht. Diese Anzeige erfasst Fahrzeuge, die gerade in die Kornblumenstraße eingebogen sind und zeigt dem FahrerIn permanent die Geschwindigkeit an. Damit hat diese Art der Anzeige eine informative und erziehende Wirkung.

Eine Anzeige wie in der Greizer Straße ist abzulehnen – und diese ist auch auszutauschen, da diese erst im letzten Moment den Status – und nur den Status –

anzeigt. Eine erziehende Wirkung – und damit eine Verbesserung der Situation - ist damit nicht zu erzielen.“

Beratungsergebnis:

Ergänzt einstimmig beschlossen (Ja: CDU, SPD, BUF, FW; StE: FDP).

**5. Beratung des Entwurfes zum Haushaltsplan der
Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2022**

**5.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 STV/0319/2021
- Antrag des Magistrats vom 07.09.2021 -**

Antrag:

- „1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2022 wird gemäß §§ 94 ff. HGO beschlossen.
2. Das dem Haushaltsplan 2022 beigefügte Investitionsprogramm gemäß § 101 Abs. 3 HGO wird beschlossen.
3. Die im Haushaltsplan 2022 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 101 Abs. 1 HGO wird zur Kenntnis genommen.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5.2. Haushaltsanträge der Fraktionen

**5.2.1. Tempo 30 "Aufmerksamkeits-Anzeigen"
- Haushaltsänderungsantrag der Fraktion BUF vom
31.10.2021 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, für die stark frequentierten Straßen in der Tempo-30-Zone in Wieseck ‚Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen‘ – die gleichen wie in der Kornblumenstraße – anzuschaffen bzw. die Kosten in den Haushalt 2022 einzuplanen. Hierbei handelt es sich 7 Geräte/Standorte:

- Grabenstraße
- Rabenauer Straße
- Lichtenauer Weg
- Philosophenstraße
- Greizer Straße
- Treiser Weg
- Gießener Straße (noch Tempo 50)

Die Begründung für diese Haushaltsanforderung ist im Antrag ‚Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen vom 31.10.2021‘ nachzulesen.

Herr Kress ergänzt den BuF-Antrag wie folgt:

„Der Magistrat wird aufgefordert, für die stark frequentierten Straßen in der Tempo-30-Zone in Wieseck ‚Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen‘ – die gleichen wie in der Kornblumenstraße – anzuschaffen bzw. die Kosten in den Haushalt 2022 einzuplanen. Hierbei handelt es sich 7 Geräte/Standorte:

- Grabenstraße
- Rabenauer Straße
- Lichtenauer Weg
- Philosophenstraße
- Greizer Straße
- Treiser Weg
- Gießener Straße (noch Tempo 50)
- **Steinerne Brücke**

Die Begründung für diese Haushaltsanforderung ist im Antrag ‚Tempo 30 Aufmerksamkeits-Anzeigen vom 31.10.2021‘ nachzulesen.

Beratungsergebnis:

Ergänzt einstimmig beschlossen (Ja: CDU, SPD, FW, BuF; StE: FDP).

**5.2.2. Freiwillige Feuerwehr Wieseck
- Haushaltsänderungsantrag der CDU-Fraktion vom
08.11.2021 -**

Antrag:

„1. In den Haushalt der Universitätsstadt Gießen für 2022 werden € 30.000,00 eingestellt für die Planungen betreffend die bauliche Erweiterung und/oder Aufstockung sowie die technische Modernisierung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck.

2. In den Haushalt der Universitätsstadt Gießen für 2023 werden € 150.000,00 eingestellt für die Ausstattung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck.“

Begründung:

Die CDU Fraktion im Ortsbeirat Wieseck hat mit Antrag vom 28.10.2021 die Notwendigkeit der vorbenannten Maßnahmen dargelegt. Auf diesen Antrag wird zur Begründung des vorliegenden Haushaltsantrags Bezug genommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**6. Freiwillige Feuerwehr
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2021 -**

OBR/0458/2021

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, schnellstmöglich

1. Das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck baulich so zu erweitern und/oder aufzustocken, dass sowohl für deren Mitglieder als auch für die Gerätschaften, Ausrüstung und Mannschaftstransportwagen ausreichend Platz vorhanden ist;
2. Das vorhandene Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck zeitgemäß und technisch zu modernisieren;
3. Die Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck mit einer Absauganlage auszustatten.“

Begründung:

Die CDU Fraktion im Ortsbeirat Wieseck nimmt mit großer Freude zur Kenntnis, dass sich stetig immer mehr Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche in allen Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Wieseck ehrenamtlich engagieren. Das hat zur Folge, dass das Gebäude der Feuerwehr dringend einer Erweiterung und Modernisierung bedarf. So sind für alle Abteilungen der Feuerwehr zu wenige Umkleieräume vorhanden. Platz um weitere Spinde aufzustellen gibt es nicht. Die Kleidung der Minifeuerwehr z.B. wird derzeit auf dem Dachboden des Gebäudes gelagert. Ebenso fehlen Sozial-, Aufenthalts- und Schulungsräume in ausreichender Anzahl und Größe.

Lagerräume für notwendige und zwingend vorzuhaltende Feuerwehrgerätschaften sind nicht vorhanden. Sandsäcke, Ölbinde- und Dekontaminationsmaterialien müssen daher in dem Umkleieraum der Jugendfeuerwehr gelagert werden. Die Fahrzeughalle ist für die beiden Mannschaftstransportwagen (MTW) zu klein. Die beiden MTW's, die für die Freiwillige Feuerwehr unverzichtbar sind, können in der Halle nicht mit ausreichend Abstand abgestellt werden.

In Zusammenhang mit der dringend erforderlichen technischen Modernisierung des Gebäudes, ist vor allem die seit Jahren überfällige Absauganlage in der Fahrzeughalle zu nennen.

Frau Sator, CDU-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**7. Werbeanlagen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2021 -**

OBR/0459/2021

Antrag:

„1. Dem Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird empfohlen, die Werbeanlagensatzung der Universitätsstadt Gießen vom 30.08.2001 zu ändern, so dass sie künftig auch auf den Ortsteil Wieseck Anwendung findet.
2. Genehmigungsverfahren nach der gemäß Ziffer 1 dieses Antrags geänderten Satzung betreffend den Ortsteil Wieseck sollen stets in Abstimmung mit dem Ortsbeirat Wieseck durchgeführt werden.“

Begründung:

Gemäß § 2 der vorbenannten Satzung ist der Ortsteil Wieseck nicht von deren Geltungsbereich erfasst. Das Anbringen von Werbeanlagen bedarf in Wieseck keiner Genehmigung nach der Werbeanlagensatzung vom 30.08.2001. Zunehmend ist in Wieseck festzustellen, dass ganze Hausfronten als Werbeflächen genutzt werden. Beispielhaft zu nennen ist die Sportsbar in der Gießener Straße, an deren Außenwänden großflächig Werbung angebracht wurde. Künftig sollen sog. Anlagen der Außenwerbung auch in Wieseck auf Grundlage der Werbeanlagensatzung genehmigungspflichtig sein.

Frau Sator, CDU-Fraktion, verliest den Antragstext und die Begründung.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**8. Illegale Müllablagerungen in der Preußenallee
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2021 -**

OBR/0460/2021

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die illegalen Müllablagerungen in der ‚Preußenallee‘ zu unterbinden. Der Feldweg zwischen dem Wiesecker Friedhof und dem Chamissoweg wird von älteren Wiesecker Bürgerinnen und Bürgern umgangssprachlich als ‚Preußenallee‘ bezeichnet.“

Begründung:

Illegale Müllablagerungen könnten eigentlich über den Mängelmelder der Stadt Gießen angezeigt und danach vom Stadtreinigungs- und Fuhramt der Universitätsstadt Gießen beseitigt werden. In dem Feldweg zwischen dem Wiesecker Friedhof und dem Chamissoweg kommt es aber immer wieder zu Umweltverschmutzungen. Die Zufahrt zum Wiesecker Friedhof ist jedoch keine Müllkippe, die als Aufnahme für unbrauchbar gewordenen Hausrat und von sonstigem Sperrmüll dient. Die Anrainer sprechen mittlerweile mit Recht von einem Schandfleck.

Herr Erb, SPD-Fraktion, verliest den Antragstext und die Begründung.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Erb, Schleher und M. Oswald.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**9. Tracking-System für Anträge des Ortsbeirates/der Ortsbeiräte
- Antrag der Fraktion BUF vom 31.10.2021 -**

OBR/0461/2021

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend ein Tracking-System für Anträge des/der Ortsbeirat/räte einzurichten! Dieses System soll der Kontrolle, aber auch der Information über den Antrag im Geschäftsgang dienen.

Alle Beteiligten (Stakeholder *) benötigen hierzu einen digitalen Zugang (ähnlich Mandatos), um sich jederzeit über den Status des Antrages zu informieren, aber auch um ggf. Statusinformationen einzupflegen.

Aktuell ist eine Information über den Status von Anträgen nicht gegeben und es ist müßig, immer wieder den Status von Anträgen abzufragen.

Nachdem der Ortsbeirat einen Antrag in den Geschäftsgang gegeben hat, hat dieser keine ‚Kontrolle/Information‘ mehr über den Antrag. Leider ist eine Beantwortung der Anträge – zumindest macht dies den Eindruck – eher Zufall und man kann bei Nicht-Beantwortungen auch vermuten – Strategie. Um den Prozess ‚Rund um den Antrag‘ transparenter zu gestalten, soll der Magistrat ein entsprechendes Ticket-System einrichten (lassen), auf das alle Stakeholder Zugriff haben.

Die Anträge müssen eine maximale Bearbeitungszeit bekommen, damit eine Erinnerung an den aktuellen Bearbeiter ausgelöst werden kann.

Mit diesem Tracking-System soll es jederzeit möglich sein, den Status eines Antrages zu verfolgen. Es ist sehr stark davon auszugehen, dass in der IT bereits ein Ticketsystem (z.B. Jira, OTRS) existiert. Hier müsste von der IT nur eine neue Instanz für Anträge eingerichtet werden. Die BUF kann gerne noch einmal eine Liste mit unbeantworteten oder unpassend beantworteten Anträgen zur Verfügung stellen.“

* Person, für die es aufgrund ihrer Interessenlage von Belang ist, wie ein bestimmtes Unternehmen sich verhält (z. B. Aktionär, Mitarbeiter, Kunde, Lieferant)

Am 18. August 2017 ist das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) in Kraft getreten. Demnach werden Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, bis spätestens Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch digital über Verwaltungsportale anzubieten.

Herr Kress, BUF, verliest den Antragstext und begründet den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Kress, Sator und Schleher.

Auf Anregung von **Frau Sator**, ändert **Herr Kress** den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat wird aufgefordert, **zu prüfen ob** ein Tracking-System für Anträge des/der Ortsbeirat/räte einzurichten! Dieses System soll der Kontrolle, aber auch der Information über den Antrag im Geschäftsgang dienen.

Alle Beteiligten (Stakeholder *) benötigen hierzu einen digitalen Zugang (ähnlich Mandatos), um sich jederzeit über den Status des Antrages zu informieren, aber auch um ggf. Statusinformationen einzupflegen.

Aktuell ist eine Information über den Status von Anträgen nicht gegeben und es ist müßig, immer wieder den Status von Anträgen abzufragen.

Nachdem der Ortsbeirat einen Antrag in den Geschäftsgang gegeben hat, hat dieser keine „Kontrolle/Information“ mehr über den Antrag. Leider ist eine Beantwortung der Anträge – zumindest macht dies den Eindruck – eher Zufall und man kann bei Nicht-Beantwortungen auch vermuten – Strategie. Um den Prozess „Rund um den Antrag“ transparenter zu gestalten, soll der Magistrat ein entsprechendes Ticket-System einrichten (lassen), auf das alle Stakeholder Zugriff haben.

Die Anträge müssen eine maximale Bearbeitungszeit bekommen, damit eine Erinnerung an den aktuellen Bearbeiter ausgelöst werden kann.

Mit diesem Tracking-System soll es jederzeit möglich sein, den Status eines Antrages zu verfolgen. Es ist sehr stark davon auszugehen, dass in der IT bereits ein Ticketsystem (z.B. Jira, OTRS) existiert. Hier müsste von der IT nur eine neue Instanz für Anträge eingerichtet werden. Die BUF kann gerne noch einmal eine Liste mit unbeantworteten oder unpassend beantworteten Anträgen zur Verfügung stellen.

* Person, für die es aufgrund ihrer Interessenlage von Belang ist, wie ein bestimmtes Unternehmen sich verhält (z. B. Aktionär, Mitarbeiter, Kunde, Lieferant)

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**10. Einladung von örtlichen Vereinen zu den Ortsbeiratssitzungen
- Antrag der FW-Fraktion vom 31.10.2021 -**

OBR/0463/2021

Antrag:

„Zu künftigen Ortsbeiratssitzungen sollte jeweils immer ein örtlicher Verein aus Gießen-Wieseck eingeladen werden, um dort den Verein vorzustellen und evtl. Sorgen und Nöte mitzuteilen.“

Begründung:

Der Ortsbeirat eines Stadtteils sollte sich grundsätzlich den Sorgen und Nöten seiner Bürgerinnen und Bürgern annehmen. Dazu gehören auch, die Mitglieder der Ortsvereine. Als Ortsbeirat sollten wir uns daher für unseren Stadtteil u.a. auch um die Sorgen und Nöte der einzelnen Vereine kümmern. Deshalb ist es notwendig, soweit die Ortsbeiratsmitglieder nicht in einem oder mehreren Vereinen tätig sind, diese besser kennen zu lernen.

Frau Vogelhöfer, FW-Fraktion, verliest den Antragstext und die Begründung.

Herr Oswald schlägt vor, die Vertreter der Vereine jeweils 15 Minuten vor Beginn der Ortsbeiratssitzung einzuladen und so gleichzeitig einen zeitlichen Rahmen festzusetzen.

Mit dieser Vorgehensweise sind die übrigen Mitglieder des Ortsbeirates einverstanden.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. Mitteilungen und Anfragen

Herr B. Oswald, CDU-Fraktion, äußert sein Bedauern darüber, dass zur heutigen Sitzung erneut kein Vertreter des Magistrats anwesend war. Er deutet dies als mangelnde Wertschätzung der Arbeit des Ortsbeirates.

12. Bürgerfragestunde

12.1. Stellungnahme Amt für Brandschutz

Herr Klaus Zimmermann bittet um eine Stellungnahme des Amtes für Brandschutz zu folgenden Fragen:

1. Wie sieht die Stellungnahme des Amtes für Brandschutz bei einer eventuellen Umwandlung der Philosophenstraße in eine Fahrradstraße aus und welche Einschränkungen werden sich bei einer Alarmierung der Wiesecker Feuerwehr ergeben?
2. Wie können die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die in der evangelischen Siedlung wohnen, bei einer Alarmierung mit ihren Pkw das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Wieseck erreichen?
3. Wie sicher können sich Fußgänger auf einer als Fahrradstraße umgewandelten Philosophenstraße bewegen?

12.2. Verkehrschao in Wieseck

Herr Michael Franz ist der Auffassung, dass sich das „Verkehrschao“ in Wieseck nach der vermehrten Einführung von Tempo 30 Zonen eher

verschlimmert als verbessert habe. Er bittet alle Verantwortlichen die Umsetzung einer Einbahnstraßenregelung ernsthaft ins Auge zu fassen.

12.3. **Tempo 30 Zonen**

Frau Cornelia Piotowski ist der Auffassung, der Verkehr in Wieseck habe sich in den Tempo 30 Zonen durchaus beruhigt.

Sie rege an den neuralgischen Stellen in Wieseck, ebenfalls Tempo 30 einzuführen. Insbesondere in der Gießener Straße (Apotheke, Volksbank, Kellweki), Steinerne Brücke und die Alten Busecker Straße.

DER ORTSVORSTEHER:

(gez.) O s w a l d

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z